A13, A18 geeint Für ein freies Europa! – Für offene Grenzen im deutsch-dänischen Grenzland

Antragsteller*in:	KV Flensburg, Rasmus Andresen (KV Flensburg), Steffen Regis (KV Kiel), Kreisvorstand Nordfriesland
Tagesordnungspunkt:	4. Anträge

Antragstext

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein stehen wir für ein offenes,grenzüberschreitendes und barrierefreies Miteinander im deutsch-dänischenGrenzland. Vor diesem Hintergrund möge der Landesparteitag beschließen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein sprechen sich entschieden gegen die von Bundesinnenministerin Nancy Faeser angeordneten temporären Grenzkontrolle an der deutsch-dänischen Grenze aus. Wir fordern daher die Grüne Landtagsfraktion, die Mitglieder der Landesregierung sowie die Grünen Mitglieder des Bundestages dazu auf, eine Ausweitung und Verstetigung der Grenzkontrollen zu verhindern.

Forderungen aus rechten und Teilen konservativer Kreisen nach dauerhaften stationären Grenzkontrollen oder sogar -schließungen sind Angriffe auf das Schengener Abkommen und damit die Grundidee eines freien, grenzenlosen Europas – eine der zentralen Errungenschaften des Zusammenwachsens in Europa. Deshalb kritisieren wir auch die neuesten Äußerungen der Bundesinnenministerin am Rande des Treffen der EU-Innenminister*innen, die Grenzkontrollen an unserer Grenze fortzusetzen, bis eine Lösung an den EU-Außengrenzen umgesetzt ist. Damit kündigt Nancy Faeser de facto stationäre Kontrollen für die kommenden Jahre an. Dies ist nicht nur EU-rechtswidrig, sondern ein massiver Rückschritt für das grenzüberschreitende Zusammenleben zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark. Populistische, den Werten unseres Grundgesetzes und der europäischen Einigung widersprechende Forderungen können niemals ernsthafte politische Maßnahmen zur Terrorbekämpfung sein. Wir Grüne bekennen uns klar zum Prinzip offener Grenzen in Europa.

Schleswig-Holstein, als Grenzland zu Dänemark, lebt von der offenen Grenze zu unseren dänischen Nachbar*innen. Das deutsch-dänische Grenzland ist historisch und kulturell eng miteinander verflochten. Beide Seiten der Grenze beheimaten autochthone Minderheiten, die in dieser Region ihre Identität und einen lebendigen Austausch pflegen. Außerdem zeichnet sich unsere Grenzregion durch eine besondere wirtschaftliche Dynamik aus, die durch den freien Personen- und Warenverkehr im Rahmen der europäischen Freizügigkeit gewachsen ist. Der tägliche kulturelle Austausch, wissenschaftliche Kooperationen, bilaterale Freundschaften und familiäre Verbindungen sind das Fundament einer lebendigen und vielfältigen Gemeinschaft, die sich über die Grenzen hinweg entwickelt hat.

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein lehnen wir jegliche Maßnahmen ab, die dieses sensible Gefüge beeinträchtigen. Die angeordneten Grenzkontrollen stellen eine massive Einschränkung dieser Errungenschaften im Sinne des Schengener Grenzkodexes dar.

Schon die aktuell etablierten Kontrollen sorgen hier und insbesondere in anderen Regionen Deutschlands für lange Staus, Verzögerungen in den Lieferketten und sind eine Belastung für Pendler*innen und Unternehmen. Dauerhafte Grenzkontrollen würden unserer und anderen Grenzregionen erheblich schaden. Inzwischen zeigt sich: Auch der gewünschte Erfolg lässt sich nicht nachweisen:

Dabei ist schon aus praktischen Erwägungen offensichtlich, dass sich 3.876 km Landesgrenze nicht lückenlos überwachen lassen. Die von Bundesinnenministerin Nancy Faeser adressierten Herausforderungen des internationaler Kriminalität und Terrorismus lassen sich durch Grenzkontrollen nicht angemessen bewältigen. Vielmehr bedarf es einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur, die auf Zusammenarbeit ausgerichtet ist.

Die Hauptverantwortung für die Einhaltung von EU-Gesetzen liegt bei der EU-Kommission. Es kann daher nicht sein, dass die EU-Kommission die Umsetzung des EU-Rechts ignoriert und immer wieder grünes Licht für die Verlängerungen von Grenzkontrollen gibt.
Die EU-Kommission muss dringend das Gespräch mit den Mitgliedstaaten suchen und darf weitere Verlängerungen von Grenzkontrollen nicht mehr akzeptieren.

Terrorgefahr ernsthaft bekämpfen - Sicherheit durch Zusammenarbeit

Islamismus lässt sich nicht durch Grenzschließungen oder Asylrechtsverschärfungen bekämpfen. Das zu behaupten, ist purer Populismus. Die Gefahren des islamistischen Terrors rein zu einer Frage der Migrationspolitik zu machen, spaltet unsere Gesellschaft und gießt Wasser auf die Mühlen der rechten Hetzer*innen.

Verfassungsfeind*innen agieren längst international. Dieser Herausforderung müssen wir mit europaweit besser vernetzten und gemeinsam agierenden Sicherheitsbehörden begegnen, denn die Zusammenarbeit zwischen den Behörden Deutschlands und unserer europäischen Nachbarn ist wirkungsvoller als nationale Alleingänge. Mit der Idee einer europäischen Nachrichtendienstagentur, einem europäischen Kriminalamt, das über eigene Ermittlungsteams verfügt, sowie zusätzlichen Kompetenzen für die Europäische Staatsanwaltschaft haben wir Grüne auf Bundesebene konkrete Vorschläge gemacht.

Wenn es um die wirkungsvolle Bekämpfung von internationaler Kriminalität geht, dann können anlassbezogen mobile Grenzkontrollen für uns ein Teil davon sein. Diese sind weniger personalintensiv, flexibler und können rechtssicher durchgeführt werden. Zusätzlich befürworten wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Polizeien der europäischen Länder, wie dies an einigen Grenzen bereits erfolgreich im Kampf gegen schwerste Kriminalität praktiziert wird.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Für ein freies Europa! – Für offene Grenzen zwischen Deutschland und Dänemark

Die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein ist gegen die neuen Kontrollen an den Grenzen, vor allem an der Grenze zwischen Deutschland und Dänemark. Diese Kontrollen hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser angeordnet. Wir wollen, dass diese Kontrollen nicht länger dauern oder ausgeweitet werden.

Einige rechte und konservative Gruppen wollen dauerhafte Grenzkontrollen oder sogar Grenzschließungen. Das ist ein Angriff auf das Schengener Abkommen. Das Abkommen sorgt für offene Grenzen in Europa. Offene Grenzen sind wichtig für ein freies Europa.

Nancy Faeser hat gesagt, dass die Kontrollen weitergehen sollen, bis es eine Lösung an den Außengrenzen der EU gibt. Das könnte bedeuten, dass die Kontrollen noch viele Jahre bleiben. Das ist gegen die Regeln der EU und schlecht für die Menschen, die an der Grenze zwischen Deutschland und Dänemark leben.

Warum offene Grenzen wichtig sind

Schleswig-Holstein liegt an der Grenze zu Dänemark. Die offene Grenze hilft uns. Das Grenzgebiet zwischen Deutschland und Dänemark hat eine lange gemeinsame Geschichte. Die Menschen dort sprechen miteinander, arbeiten zusammen und pflegen ihre Kultur. Auch die Wirtschaft wächst durch den freien Handel und das Reisen ohne Grenzkontrollen. Viele Familien, Freund*innen und Kolleg*innen leben auf beiden Seiten der Grenze. Wir Grüne wollen keine Maßnahmen, die diese Gemeinschaft zerstören. Die Grenzkontrollen machen das Leben schwerer.

Probleme mit den aktuellen Grenzkontrollen

Die Grenzkontrollen sorgen für lange Staus und machen es für Firmen schwieriger, Waren zu liefern. Auch die Menschen, die jeden Tag zur Arbeit pendeln, sind betroffen. Dauerhafte Kontrollen wären ein großes Problem für die Region.

Außerdem zeigen die bisherigen Kontrollen keinen Erfolg. Es ist unmöglich, alle Grenzen genau zu überwachen. Terrorismus und Kriminalität kann man nicht mit Grenzkontrollen stoppen. Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit in Europa, um für Sicherheit zu sorgen.

Zusammenarbeit statt Grenzkontrollen

Islamistischer Terrorismus lässt sich nicht durch Grenzschließungen bekämpfen. Das ist Populismus und schadet unserer Gesellschaft.

Terrorist*innen arbeiten international zusammen. Deshalb müssen die Sicherheitsbehörden in Europa besser zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit zwischen den Polizist*innen und Sicherheitsbehörden in Europa ist wichtiger als Kontrollen an den Grenzen. Wir Grüne haben Vorschläge gemacht: Eine europäische Sicherheitsbehörde und ein europäisches Kriminalamt mit eigenem Personal.

Manchmal können auch kurzfristige und mobile Grenzkontrollen sinnvoll sein. Diese brauchen weniger Personal und können schneller eingesetzt werden. Außerdem unterstützen wir die Zusammenarbeit zwischen den Polizeien in Europa, wie es an einigen Grenzen schon erfolgreich gemacht wird.

Unterstützer*innen

Askan Grimmelsmann (KV Neumünster); Regina Flesken (KV Pinneberg); Ly Schoenmakers (KV Schleswig-Flensburg)